

Formen der Wissenschaftspolitik und Demokratie in Europa

Sieben Herausforderungen und Chancen für die Zukunft

Autor: Prof. Alan Irwin, Brunel University, Großbritannien

Übersetzung: Bridget Schäfer und Wolfgang Endler (Berlin) –in Absprache mit dem Autor

Die Zeiten sind spannend in Hinblick auf die europäische Wissenschaftspolitik – besonders für diejenigen, die sich für die Beziehung zwischen verschiedenen Formen der Wissenschaftspolitik¹ und Demokratisierung der Wissenschaft interessieren. Der „Aktionsplan 2002“ der europäischen Kommission kündigte das ehrgeizige Ziel an, „die Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu ändern“. In Großbritannien empfahl im Jahre 2000 ein Ausschuß des Oberhauses, den Dialog mit der Öffentlichkeit nicht länger als freiwilligen Zusatz, sondern als üblichen und wesentlichen Bestandteil wissenschaftspolitischer Verfahren zu betrachten. Wichtige Debatten über genmanipulierte Lebensmittel fanden in den Niederlanden und, im Jahre 2003, in Großbritannien statt. Seit den neunziger Jahren ist ein neues politisches Mantra der Offenheit, Beteiligung und Verantwortlichkeit entstanden – wie zum Beispiel in dem Informationsbericht der Europäischen Kommission über Formen der Wissenschaftspolitik von 2001. Durch diese Tatsachen hat die Bewegung der Wissenschaftsläden großen Auftrieb erhalten. Anscheinend ist das ursprünglich radikale Experiment zur Demokratisierung der Wissenschaft² plötzlich erfreulich modern geworden. Früher gab es das „Defizit-Modell“³ gegenüber der Wissenschaft, jetzt dagegen gibt es energische Schritte, um Wissenschaft und Gesellschaft einander näher zu bringen. Die Wissenschaftsläden haben eine gute Ausgangsposition, um auf diese neue europäische Initiative zu reagieren. In dieser Situation ist es wichtig zu hinterfragen, was dazu geführt haben könnte, daß das Reden über die öffentliche Beteiligung an dem Wissenschaftsprozess so wesentlich geworden ist. Anfang der neunziger Jahre gab es in Großbritannien kaum Überlegungen zu Methoden der öffentlichen Beratung und Beteiligung. Jetzt dagegen werden sie als wesentlich für die Behandlung von wichtigen gesellschaftswissenschaftlichen Fragen betrachtet, wie zum Beispiel die Beseitigung von radioaktivem Müll oder die Kommerzialisierung von genmanipulierten Nutzpflanzen. In diesem Artikel möchte ich auch untersuchen, wohin solche Diskussionen führen könnten.

Frühere Politikansätze sind gescheitert

Die Motivation, eine offene Einstellung zu Bürgerbeteiligung und Beratung zu finden, entstand zum Teil aus dem Versagen früherer Ansätze – obwohl kritische Sozialwissenschaftler auch zur Einführung des neuen Vokabular des Vertrauens, wechselseitiger Kommunikation und „multiple publics“⁴ beigetragen haben. Die Versuche von Nirex, der in Großbritannien für radioaktiven Müll zuständigen Stelle, eine lokale Lösung des Müllproblems zu erzwingen, wurden vereitelt. Der Fall BSE hatte ebenfalls großen Einfluß auf Politikdebatten in den neunziger Jahren. Der offizielle Bericht über BSE kam zu dem Schluß, daß die wissenschaftsbezogene Öffentlichkeitsarbeit schlecht gehandhabt wurde, mit dem Ergebnis, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit abbröckelte. Die Schlußfolgerung aus diesen und ähnlichen Fällen war, daß mehr Transparenz, bessere Kommunikation von Risiken und die Verbesserung der Methoden nötig waren, mit denen die Regierung mit den Unsicherheiten umgeht. Fragen riskanter Lebensmittel, radioaktiven Mülls und der Umweltvorschriften wurden bis dahin meistens als technische Probleme behandelt, die rein wissenschaftlich zu lösen seien. Ab den späten neunziger Jahren wurde in Großbritannien und auf europäischer Ebene nach neuen Lösungen gesucht, um sich mit der breiten Öffentlichkeit zu beraten

¹ „Scientific Governance“ wird im folgenden als „(Formen der)Wissenschaftspolitik“ übersetzt. Dies umfaßt aus Sicht des Autors mehr als die Rolle von Regierungen, nämlich die Aktivitäten von Industrie, NROen, breiterer Öffentlichkeit.

² „Scientific democracy“ wird im folgenden als „Demokratisierung der Wissenschaft“ übersetzt.

³ Der Terminus „deficit model“ drückt die Haltung von Wissenschaftlern aus, die die Öffentlichkeit generell für uninformiert und ignorant gegenüber wissenschaftlich-technischen Fragen halten.

⁴ Mit „multiple publics“ möchte der Autor ausdrücken, daß es nicht „die eine Öffentlichkeit“ gibt. Vielmehr gliedert sich diese zu verschiedenen Themen z.B. entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppen vielfältig auf.

und dadurch das Vertrauen in die Wissenschaft und die Wissenschaftspolitik wiederherzustellen. Als Ende der neunziger Jahre die öffentlichen Reaktionen zu genmanipulierten Lebensmitteln problematisch für die Regierungen wurden, wurde mehr öffentliche Beteiligung als selbstverständlicher Weg nach vorn betrachtet. Wenn der „neue“ wissenschaftliche Regierungsstil mit dem vorigen Versagen der Politik in Verbindung gebracht wird, muß auch gesagt werden, daß die größere öffentliche Beteiligung nicht notwendigerweise zu größerem öffentlichen Vertrauen führen wird. Es ist immerhin gut möglich, daß die zunehmende öffentliche Einsicht in wissenschaftliche Entscheidungsprozesse die Sorgen und das Mißtrauen vergrößern wird. In manchen Fällen könnte die Öffentlichkeit kritischer werden, wenn sie mehr weiß. Die Suche nach Übereinstimmung ist auch manchmal unangebracht. Warum sollte man eine breite Einheit zu solchen Themen in einer komplexen Gesellschaft erwarten? Allgemein gesagt ist es etwas naiv, eine (Wieder-)Annäherung von Wissenschaft und Gesellschaft zu verlangen, da die beiden sowieso nie ohne einander existieren könnten. Es gibt immer noch die Neigung, „die Öffentlichkeit“ und „die Experten“ als zwei unabhängige Monolithe darzustellen, anstatt ihren vielfältigen, dynamischen und sich einander überschneidenden Charakter anzuerkennen.

Europa ist keine homogene Einheit

Wenn man Europa betrachtet, fällt auf, daß die Erfahrungen sehr unterschiedlich sind. Großbritannien zum Beispiel kam spät zu solchen Fragen im Vergleich zu den Niederlanden (wo ich schon in den späten siebziger Jahren zum ersten Mal von Wissenschaftsläden hörte) und Dänemark (wo Konsenskonferenzen seit langem etabliert sind). Anscheinend hat Finnland eine viel positivere Einstellung zu wissenschaftlicher Innovation als viele seiner Nachbarländer. Gegenwärtig mögen die südlichen Länder (zum Beispiel Portugal oder Griechenland) diesbezüglich vielleicht eine weniger entwickelte Wissenschaftskultur haben. Wenn wir über Aktionspläne und neue Stile von Wissenschaftspolitik reden, sollten wir sorgsam vermeiden, Europa als homogen zu präsentieren. Dieser Gesichtspunkt ist heute bzgl. der europäischen Erweiterung noch gültiger. Gleichzeitig gilt es, die Neigung zu vermeiden, einzelne Länder fest als „für“ oder „gegen“ Innovationen einzustufen. Die öffentliche Passivität in manchen Ländern gegenüber Neuerungen könnte eine unterschwellige Ambivalenz verbergen, wie die britische Einstellung zu genmanipulierten Lebensmitteln Mitte der neunziger Jahre. Ich möchte in diesem kurzen Artikel weder einfach die Vorteile des „neuen“ Stils der Wissenschaftspolitik in Europa loben, noch solche Anfänge als rein rhetorisch abtun, sondern einige Fragen aufwerfen, um weitere Diskussionen anzuregen. Besonders möchte ich einige der wichtigsten Herausforderungen an die Demokratisierung der Wissenschaft in Europa skizzieren, so wie ich sie heute sehe.

Die Gefahr, das neue Engagement zu überschätzen

Eine unterschwellige Sorge unterliegt meiner These, nämlich daß nach der ziemlich schnellen Wende zu Offenheit und Beteiligung eben so schnell eine Abwendung folgen könnte. Diese Sorge wird durch Diskussionen mit einigen Kollegen in Schweden und teilweise in Dänemark noch genährt. Falls die zunehmende Beteiligung als eine schnelle Lösung für die Klärung umstrittener sozialer Fragen präsentiert wird: was passiert dann, wenn klar wird, daß diese Lösung nicht funktioniert? Ebenso kann die Überbewertung der neuen Möglichkeiten von Beteiligung zu Zynismus führen, sollte der Zusammenhang zwischen Beratung und aktueller Politikentscheidung schwach werden oder ganz verschwinden. Was geschieht, wenn alle diese energischen Versuche, eine Beteiligung herzustellen, nur noch als heiße Luft gesehen werden? Die Beteiligten in einem Konsultationsverfahren erwähnen häufig, daß sie wollen, daß ihre Ansichten wenigstens gehört werden; sonst sei es reine Zeitverschwendung. Wenn wir die Zukunft betrachten, müssen wir auch über die bisherigen Leistungen Bilanz ziehen. Viele unter uns wollen die positiven Änderungen des letzten Jahrzehnts anerkennen, sollten jedoch beim Feiern die künftigen Herausforderungen (und Chancen), die vor uns stehen, nicht aus den Augen verlieren. Ich möchte auch betonen, daß dies Gedanken auf Grundlage eigener Erfahrung sind; in letzter Zeit durch das thematische Netzwerk STAGE zu Wissenschaft, Technik und Wissenschaftspolitik in Europa.

Ungleichheit zwischen Rhetorik und Realität

Die erste und vielleicht offensichtlichste Herausforderung in meinen Augen, betrifft *die potentielle Ungleichheit zwischen der verbreiteten Rhetorik um den europaweiten Wandel einerseits und der realen Situation der wissenschaftlich interessierten Bürgerschaft und der Wissenschaftspolitik andererseits*. Dieses Argument kann auf unterschiedliche Weise erläutert werden. Die kleine Zahl von Beratungsveranstaltungen auf hohem Niveau (oft wirksam in der Öffentlichkeit dargestellt) könnte der riesigen Menge von Politikdiskussionen gegenübergestellt werden, die mit weniger oder gar keiner öffentlichen Beteiligung stattfinden. Die (behaupteten) Vorzüge der öffentlichen Konsultationen könnten mit der eigentlichen Effektivität der Übung, in Hinblick auf deren Einfluß auf die Politik, verglichen werden. Dieser Vergleich wäre für die britischen und auch die dänischen Beratungen zur Genmanipulation relevant. Das Ausmaß der staatlichen Finanzierung, großzügig ausgegossen auf die „Haupttrichtung“ der Forschungspolitik, könnte im Vergleich zum begrenzten Etat für Initiativen für die Bürgerbeteiligung (inklusive Wissenschaftsläden) betrachtet werden. Kurz gesagt, und trotz der Rhetorik, dieser Bereich ist noch ziemlich unbedeutend und hat nur begrenzten Einfluß auf politische Entscheidungen. Neueste offizielle Erklärungen weisen auf eine Änderung der politischen Linie hin; die alltägliche Erfahrung in vielen Bereichen der Wissenschaftspolitik ist aber immer noch im großen und ganzen unverändert. Also liegt die Herausforderung darin, der Beteiligung der Öffentlichkeit Gewicht zu verleihen, anstatt zu riskieren, daß diese als reine Alibiveranstaltungen gesehen werden. Das bedeutet nicht, daß Konsultationen die Regierungspolitik bestimmen sollten. Nach meiner Erfahrung sind die Bürger zufrieden, wenn die Verantwortung letztlich bei der demokratischen Regierung verbleibt. Es ist jedoch entscheidend, daß die Bedeutung der Konsultations- und Beteiligungs-Veranstaltungen ernst genommen werden und insbesondere daß darauf reagiert wird, anstatt sie einfach zu ignorieren.

Trennwände zwischen „der Öffentlichkeit“ und „den Experten“

Zweitens, trotz der ganzen Rede über das Sterben des sogenannten Defizitmodells in der Behandlung von technischen Fragen und dessen Annahme, daß die Öffentlichkeit emotional und unwissend ist, *muß die offizielle Neigung, die Sichtweise der Öffentlichkeit von der Einschätzung der „Experten“ zu trennen, ständig beobachtet werden*. Ein gutes Beispiel dafür war die Debatte in Großbritannien in 2003 über die Kommerzialisierung von genmanipulierten Nutzpflanzen. Dieser Vorgang trennte sich schließlich in drei Teile: die öffentliche Debatte, eine wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse und eine wissenschaftliche Überprüfung mit Bericht. Ich weiß, daß es einige Querverbindungen zwischen den Leitern der drei Bereiche gab: Für diejenigen aus der Öffentlichkeit aber, die in einem der Bereiche beteiligt waren, gab es keine Möglichkeit, Fragen oder Forderungen an die anderen Bereiche zu stellen. Immer noch besteht die Neigung, die Öffentlichkeit zwar als fähig zu präsentieren, mit ethischen und sozialen Fragen fertig zu werden, nicht aber die Analysen der Experten zu hinterfragen. Die Expertenmeinung für kritische Betrachtung zu öffnen kann helfen, dazu beizutragen, daß die richtigen Fragen zu den richtigen Themen gestellt werden. Dadurch rechtfertigt sich die öffentliche Beratung. Die Institutionen müssen herausgefordert werden, damit die Bürokratie nicht die schwierigen Fragen vermeidet und die Beruhigung der Öffentlichkeit nicht die offene Kommunikation ersetzt. Gleichfalls können öffentliche Gruppen eventuell eigenen Sachverstand und Erfahrungen einbringen (in diesem Fall hinsichtlich des Vergleichs der praktische Seite des alltäglichen Anbaus von Nutzpflanzen mit der Anzucht unter kontrollierten Versuchsbedingungen). Es wird Zeiten geben, wo es erforderlich sein wird, daß sich die unterschiedlichen Gruppen getrennt treffen müssen. Auf einer institutionellen Ebene aber muß dem Aufbau von „Trennwänden“ zwischen „der Öffentlichkeit“ und „den Experten“ widerstanden werden.

Offene und rückbezügliche Reaktionen auf Veränderung und Unsicherheit

Als dritte wichtige Herausforderung erscheint mir *die Notwendigkeit, Institutionen zu entwickeln, die fähig sind, offen und flexibel mit Änderungen und Unsicherheiten umzugehen*. Dies ist etwas anderes als einfach vorauszusetzen, daß Beratung eine einmalige Sache ist. Die gegenwärtige Diskussion über Nanotechnologie gibt ein gutes Beispiel dafür. In Hinblick auf das

kritische Klima für Genmanipulation erwarten mehrere internationale Einrichtungen die öffentliche Besorgnis und suchen nach Lösungsmöglichkeiten. Das Problem liegt selbstverständlich darin, daß eine Diskussion im Vorfeld (bevor Optionen und Probleme ausreichend bekannt sind) verfrüht sein wird. Dagegen wird eine Diskussion zu spät sein, wenn all diese Probleme und Lösungsoptionen bereits klar geworden sind. David Collingridge hat dies vor mehr als zwei Jahrzehnten als „das Kontrolldilemma“ beschrieben. Anstatt die öffentliche Beratung als einmalige Angelegenheit zu betrachten, ist die Herausforderung, entsprechende reflexiv wirkende – und auch elastische – Einrichtungen und Verfahrensweisen zu schaffen, um den entstehenden Fragen zu begegnen. In den vorherigen Fällen der zivilen Atomenergienutzung und der landwirtschaftlichen Biotechnologie hat sich dies als schwierig erwiesen. In Hinblick auf die Zukunft haben wir jetzt eine Chance, es besser zu machen.

Unterscheidung zwischen Innovation und öffentlichem Anliegen

Bezogen auf den zuletzt genannten Punkt sehe ich als vierte Herausforderung *den Zusammenhang zwischen Initiativen zur öffentlichen Beteiligung und dem, was ich vorher die „Haupttrichtung“ der Wissenschafts- und Technologiepolitik genannt habe*. Eine potentielle Stärke der Wissenschaftsläden ist ihre Fähigkeit, das Programm der Universitätsforschung mit zu bestimmen und die Wahl von angemessenen Forschungsthemen zu beeinflussen. Frühe Arbeiten von Zaal und Leydesdorff über den Wissenschaftsladen in Amsterdam konnten diesen Zusammenhang zeigen. Die Herausforderung besteht jetzt darin, auf solchen Möglichkeiten, auf lokalem, nationalem und sogar internationalem Niveau aufzubauen. Initiativen zur öffentlichen Beteiligung werden begrenzt bleiben, wenn es ihnen nicht gelingt, öffentliche Erwartungen und ausdrückliche Bedarfe mit der Planung und Leitung von technischen Veränderungen zu verbinden. Eher als neue Möglichkeiten zu eröffnen, würde die Beteiligung der Öffentlichkeit unvermeidlich als Hemmnis für Veränderung erscheinen – eher als ein Hindernis für Innovation denn als ein Ansporn zu künftigen Aktivitäten. Die Herausforderung ist hier, die öffentliche Beteiligung als zukunftsweisend zu betrachten, nicht nur als reagierend. Methoden wie „backcasting“⁵ könnten hier von Nutzen sein. Gleichgültig wie es erreicht wird: wir brauchen einen integrierten Ansatz, der fähig ist, den Unterschied zwischen „Innovation“ (hauptsächlich in der Industrie) und „öffentlicher Besorgnis“ (die normalerweise erst dann zum Ausdruck kommen, wenn die Innovation schon stattgefunden hat), zu überwinden.

Begleiten der Globalisierung durch "Lokalisierung"

Die fünfte Herausforderung betrifft *die Funktion der wissenschaftlichen Bürgerschaft⁶ in einer europäisierten (und globalisierten) Umgebung*. Das scheint ein ziemliches Dilemma zu sein. Die besondere Stärke der verschiedenen Formen von Bürgerbeteiligung, Konsenskonferenzen und Wissenschaftsläden ist, daß sie eine kontextgebundene und spezifische Behandlung der Fragen anbieten, die im Alltag auftreten. Hier gibt es ein zweifaches Problem. Wie können solche Veranstaltungen im internationalen Kontext sinnvoll stattfinden? Wie können derartige Beteiligungsformen überhaupt eine Bedeutung haben im Zeitalter des globalen Kapitals und der transnationalen Organisationen? Dies ist eine Hauptfrage, die viel gründlicher behandelt werden müßte, als mir hier möglich ist. Diese Hauptfrage ausreichend gründlich zu behandeln, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Ich werde jetzt nur darauf hinweisen, daß die Globalisierung normalerweise von "Lokalisierung" begleitet wird. „Europäisierung“ zum Beispiel hat die merkwürdige Fähigkeit, die lokalen Unterschiede eher zu betonen als sie einfach zu eliminieren. Deswegen meine vorigen Bemerkungen zu den Unterschieden zwischen den nationalen Kontexten

⁵ Dies ist eine in den Niederlanden entwickelte Methode, die unterschiedliche Akteursgruppen befähigt, Zukunftsszenarien zu Themen aus ihrem Umfeld zu entwickeln (z.B. umweltfreundliches und effektives Transportsystem). Der Begriff bezieht sich darauf, daß dann die Frage (backwards – rückwärts) gestellt wird, WAS erforderlich wäre, um dieses Szenario realisieren zu können.

⁶ Der Begriff „scientific citizenship“ meint aus Sicht des Autors sowohl Bürger/innen, die sich in Debatten um gesellschaftsrelevante wissenschaftliche Fragestellungen engagieren als auch Mitglieder der „scientific community“ („der Wissenschaftsgemeinde“), die ihre Rolle nicht eng auf die Erarbeitung „wissenschaftlicher Fakten“ beschränkt sehen, sondern sich am demokratischen Prozeß beteiligen.

für öffentliche Beteiligung. Irland ist anders als Deutschland und die Unterschiede verschwinden anscheinend nicht wegen der gemeinsamen Regelwerke und Währung (auch wenn es bei jedem meiner Besuche in Dublin mehr BMWs auf den Straßen gibt als beim letzten Mal). Es muß auch gesagt werden, daß manche Formen der „Globalisierungsdebatte“ eher entmutigen - als ob lokale Kulturen eben im Begriff wären, von einem Strom aus Coca Cola und Big Macs weggespült zu werden. Diese Bemerkungen sollen aber die Herausforderungen an die Bürgerinnen und Bürger in einer globalisierten Umgebung nicht herunterspielen. Zum Beispiel könnte es sehr wohl sein, daß die Freiheit der einzelnen Nationen über Technologie-Politik zu entscheiden, begrenzter sein wird als bisher (genmanipulierte Lebensmittel sind ein klares Beispiel). Das ist eine Herausforderung sowohl an die Wissenschaftspolitik wie auch an die Demokratisierung der Wissenschaft.

Anerkennung unterschiedlicher Rollen der Bürgerschaft

Sechstens bin ich der Meinung, daß *die traditionellen Definitionen von Bürgerschaft neu überdacht werden müssen*. Die Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung wird in Großbritannien manchmal aufschlußreich von der Regierung unter dem Titel „bewußte Konsumenten“ präsentiert. Am Anfang der Bewegung der Wissenschaftsläden wurde lebhaft diskutiert, ob die einzelnen Läden Beratungsaufgaben übernehmen oder Sponsorengelder annehmen dürften. Kernpunkt dieser Diskussionen ist die spannende Frage, was „Bürgerschaft“ im modernen Leben bedeutet. Ist es eine rein politische Kategorie oder beinhaltet es auch ökonomische Entscheidungen, individuelle Wahlmöglichkeiten und weitere Ausdrucksformen der kulturellen Identität (zum Beispiel Geschmacksfragen und Freundschaftsnetzwerke)? Zu oft, glaube ich, wird der „gute Bürger“ von wohlmeinenden (oft von linksgerichteten) Menschen mit dem aktiven, engagierten nicht-konsumierenden Bürger gleichgesetzt. Der Bürger hat jedoch im modernen Leben viele Rollen, angefangen mit den Entscheidungen im Lebensmittelladen bis hin zu Internetdebatten und traditionelleren Ausdrucksformen von politischem Protest und Unterstützung. Damit soll die enge Verbindung zwischen der Selbstwahrnehmung als Bürger und die weitere soziale Identität anerkannt werden. Gleichfalls ist die romantische Vorstellung, daß jeder Bürger sich voll in Debatten auf hohem Niveau einbringt und die Regierungspolitik in jeder Phase zu beeinflussen wünscht, einfach unrealistisch. Ich denke, wir sollten die heute gleichzeitig existierenden unterschiedlichen Rollen der Bürger anerkennen, anstatt zu versuchen, ein bestimmtes Muster aufzudrängen, welches dann europaweit für alle gelten sollte. Bürgerschaftliches Verhalten kann nicht einfach ein moralischer Imperativ sein. Stattdessen sollten wir mehrere Formen, entsprechend der Vielfalt des europäischen Lebens untersuchen – und, wenn nötig, verbessern.

Politische und institutionelle Führung übernehmen

Die letzte Herausforderung, zu der ich einen Vorschlag unterbreiten möchte, ist an die politische und institutionelle Führung in diesen schwierigen Zeiten gerichtet. Trotz der angeblichen Veränderungen in der europäischen Kultur der Wissenschaftspolitik besteht bei den Entscheidungsträgern immer noch die Neigung, die Debatten auf den Kampf zwischen wissenschaftlicher Aufklärung und übervorsichtiger Bürgerschaft zu reduzieren; auf einen Kampf zwischen Risikofreudigen und Risikoscheuen - zwischen Tatsachen und Emotionen. Stattdessen sind wir mit vielfältigen Zukunftsszenarien konfrontiert, in denen, wie ich schon erwähnte, Überraschungen möglich sind und „die Fakten“ nicht bekannt sein können. Gleichzeitig verlieren ältere Kategorien der Einteilung der Gesellschaft - in Staat, Industrie, Experten, Nichtregierungsorganisationen (NROen) und die breite Bevölkerung zunehmend an Bedeutung, nicht zuletzt weil wir in einer zunehmend heterogenen, fragmentierten aber auch vernetzten Welt leben. Regierungen kämpfen inzwischen damit, mit profunder Unsicherheit fertig zu werden und sich gleichzeitig mit einer zunehmend skeptischen und weniger vertrauensvollen Gesellschaft auseinander zu setzen. Es wird wohl schwierig sein, entschlossen nach vorne zu gehen, ohne auf alte Redensarten über eindeutigen Fortschritt und öffentliche Irrationalität zurück zu fallen. Es wird besonders interessant sein, zu sehen, ob die europäischen Institutionen in der Lage sind, positiv, proaktiv und konstruktiv handelnd auf diese Herausforderung reagieren können. Nach meiner eigenen Meinung kann eine reiche Kultur der Debatten und Beteiligung ein nachhaltiges Fundament

für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die angemessenen wissenschaftlichen Neuerungen stellen. Wie das BSE- Debakel in Großbritannien zeigt, mag die Kultur der Verleugnung, die versucht, Institutionen vor Unsicherheit und Untersuchungen von außen zu schützen, kurzfristig stark erscheinen – letztendlich ist sie aber zerbrechlich. In diesem Sinne wird jedes Versagen der Demokratisierung der Wissenschaft unvermeidlich auch das Versagen der heutigen Institutionen bedeuten. Wir anderen werden jedoch dadurch nicht freigesprochen. Stattdessen wäre der Vorschlag, daß wir die simple Kritik an Institutionen hinter uns lassen, die in Schwierigkeiten sind. Wir sollten mehr über die existierenden Grenzen und die Möglichkeiten nachdenken, weiter zu kommen. In der Praxis bedeutet das die Bereitschaft, uns mit der Regierung, der Industrie und anderen Beteiligten auseinander zu setzen und zu erkennen, daß keine Gruppe ein Wahrheitsmonopol hat – am allerwenigsten die Akademiker, die oft die selige Gewißheit ihres eigenen überlegenen Durchblicks mit einem Mangel an praktischer Erfahrung kombinieren. Ich kann selbstverständlich meinen eigenen Anteil hieran nicht leugnen.

In Anbetracht der Fortschritte, die in Europa in den letzten Jahren gemacht wurden, besteht die größte Herausforderung darin, diesen Fragen ins Auge zu sehen und auf konstruktive Möglichkeiten zu richten, die uns nach vorne bringen. Dieses Papier ist nur ein Beitrag zu diesem größeren Prozeß.